

Langzeitstudis werden beliebt

Wenig Contra bei der Podiumsdiskussion der grünen Hochschulgruppe zu den Studiengebühren

Von Wolfgang Albers

TÜBINGEN. Wer angesichts des heiklen Themas wütende Proteste erwartet hatte, kam am Mittwoch in der Neuen Aula nicht auf seine Kosten. Bei dem Podium zu den Studiengebühren, das die Grüne Hochschulgruppe dort aufzog, ging es ausgesprochen friedlich zu. Von der Grünen Abgeordneten über den Uni-Rektor bis zum Stuttgarter Ministerialrat: Für Gebühren waren sie alle – und sogar manche Studenten scheinen sie fast herbeizusehnern. Ihre Eltern wurden nicht gefragt.

„Sie scharren mit den Füßen.“ So schätzte Theresia Bauer, die hochschulpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, die Gebühren-Gemütsverfassung ihrer CDU/FDP-Kollegen ein. Der Mann, der entscheidend an den Gebühren mitbosselt, heißt Volker Haug. Der Ministerialrat im Wissenschaftsministerium berichtete, welche Eckpunkte vom Kabinett schon festgeklapft sind: Etwa 500 Euro pro Semester sollen es sein, die man mit einem Darlehen finanzieren kann, das nach dem Studium abbezahlt werden muss. Und: Die Einnahmen sollen direkt an die Unis gehen.

„Sie scharren mit den Füßen“ sind, muss wohl etwas passieren.“ Der Rektor forderte „klare und verständliche Regeln“. Etwa zur Höhe: „genau 500 Euro“. Und zum Bezahlmodus: „Das muss effizient sein. Nicht, dass man den Leuten noch im Australien hinterher laufen muss, nicht, dass man die Uni-Leitungen um ein Büro voller Juristen erweitern muss, nicht, dass man zu jedem Abend gänger ein lebenslanges Betreuungsverhältnis aufrechterhalten muss –“ ein Affentheater in jedem Einzelfall.“ Der Horror wäre für Schäich: „Der Toll-Collect-Effekt: Drei Anläufe, bis es funktioniert.“

Bloß kein Büro voller Juristen

Rektor Eberhard Schäich kann das Geld gebrauchen. Von Boris Palmer, dem Moderator des Podiums, bekam er süffisant das nicht funktionierende Mikro genauso unter die Nase gerieben wie die klapperigen Holzsitz im Hörsaal. An der Notwendigkeit hat Schäich denn auch keine Zweifel: „Da die Staatsfinan-

dass der Ausbau der Unis mit öffentlichen Mitteln nicht zu finanzieren ist.“ Ein bisschen Kapitalisation vor der politischen Realität ist – auch dabei: „Hochschulen ohne Gebühren werden Billigstandorte. Diese Unis würden den rot-grünen Länderregierung gewaltig aufs Dach steigen.“

Mit dieser Meinung steht sie nicht allein. „Es gibt eine größer werdende Gruppe bei den Grünen, die Studiengebühren für vertretbar halten“, sagte Palmer. Der Abgeordnete selbst, der in seiner Studentenzeit noch aktiver Kämpfer gegen Rückmeldegebühren war, denkt inzwischen genauso. Und es gibt wohl eine abnehmende Gruppe von Studierenden, die den Finanzierungsbeitrag für unvertreibar halten. Von den rund 150 Zuhörenden meldeten sich nur wenige so vehement zu Wort wie jene Studentin, die es „unnötig“ fand, „wie selbstverständlich davon ausgegangen wird, dass Bildung eine Ware ist.“

Umsonst studieren ist asozial

Genauso unterschieden hielten andere dagegen: „Umsonst studieren ist doch asozial. Wir nehmen den Staat massiv aus und lassen eine Krankenschwester die Ausbildung des Arztes finanziieren.“ Ein anderer warnt: „Die, die wir gewannen Studiengebühren auch eigentlich pädagogischen Sinn ab.“ Die Wirtschaft fragt nach einem konsequenteren Studium. So lässt sich Druck aufbauen, um zügig fertig zu werden. Die jetzige Studienorgani-

sation ist doch Geldverschwendungs.“ Letzteres fürchtete ein Student auch für den Fall, dass die Darlehen später nur bei gutem Verdienst zurückgezahlt werden müssen: „Was ist mit den Haustfrauen am Herd, die vor lauter Langeweile Sinologie studieren? Sie haben doch nie ein Einkommen, die zahlen nie zurück!“

Auch wenn Roland de Beauchair, als Studentenvertreter auf dem Podium, dagegenzuhalten versuchte – der empörter Protest klingt sicher anders. Weswegen Ministerialrat Haug den unerwartet entspannten Abend richtig zu genießen schien: „Ich habe mich über einige Beiträge gefreut“.

Die jetzige Semestergebühr von 40 Euro wird wohl nicht in die neue Gebühr eingerechnet. Diese Einnahmequelle, so Haug, werde sich der Finanzminister nicht gern nehmen lassen. Für die Studenten wird's also noch teurer. Und was kriegt die Uni? 20 Millionen Euro stünden Tübinger zu, und im neuesten Attempot-Hefl hat der Rektor vom Kleingruppenunterricht bis zum „super Interneautritt“ schon mal ausgemalt, was sich damit alles machen ließe. Inzwischen ist er skeptischer: „Wir landen irgendwo zwischen null und zehn Millionen.“

Die einzige frohe Botschaft hatte er für Langzeitstudenten: „Die, die wir bisher gestraft haben, streicheln man jetzt. Bleiben Sie noch ein bisschen bei uns. Sie machen ja nicht viel Arbeit und bessern unsere Kasse auf. Die dürfen sich wieder wohlfühlen.“